

Dokumentation

4. Treffen des Politischen Begleitkreises am 14. April 2016 zur frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung B31 Meersburg/West – Immenstaad

im Rathaus (Bürgersaal), Immenstaad

Tagesordnung

1. Austausch über aktuelle Entwicklungen
2. Nachbereitung Termin mit Kreis-, Gemeinde und Ortschaftsräten am 23. März 2016
 - a. Allgemeine Rückmeldungen
 - b. Erweiterung des Teilnehmerkreises im PBK (Anregung vom 23. März 2016)
 - c. Betrachtung & Auswertung Meinungsbild
 - d. Weitere Schritte
3. Infobrief für alle Haushalte
 - a. Inhalte und Gestaltung
 - b. Verteilung
4. Dialogforum
 - a. Sachstand Gewinnung der Zufallsbürger, Einladungsverfahren
 - b. Geeigneter Raum
5. Kommunale Experten in den Facharbeitskreisen
6. Nächster Termin
7. Verschiedenes

Teilnehmende

An der Sitzung nahmen teil:

- Landrat Lothar Wölfle, Bodenseekreis
- Verbandsdirektor Wilfried Franke, Regionalverband Bodensee-Oberschwaben
- Herr Röpnack, in Vertretung für Herrn Dr. Köhler, Stadt Friedrichshafen
- Bürgermeister Volker Frede, Hagnau
- Bürgermeister Dr. Martin Brütsch, Meersburg
- Bürgermeister Frank Lemke, Daisendorf
- Bürgermeister Daniel Heß, Stetten
- Bürgermeister Jürgen Beisswenger, Immenstaad
- Matthias Kühnel, Planungsteam B31, RP Tübingen
- Franz Feil, Planungsteam B31, RP Tübingen
- Kim Barth, RP Tübingen
- Dr. Christoph Ewen, team ewen
- Fridtjof Ilgner, team ewen

Entschuldigt:

- Bürgermeister Georg Riedmann, Stadt Markdorf

1. Austausch über aktuelle Entwicklungen

Seit dem letzten Treffen sind keine wesentlichen neuen Entwicklungen zu berichten.

2. Nachbereitung Termin mit Kreis-, Gemeinde und Ortschaftsräten am 23. März 2016

Die Mitglieder des Politischen Begleitkreises sind sich einig, dass die Ortsvorsteher eine wichtige Funktion in der Debatte haben. Allerdings besteht das Problem, dass nur zwei Ortschaften im betroffenen Raum Ortsvorsteher haben, andere nicht. Würde man für jeden betroffenen Ortsteil einen Vertreter in den PBK entsenden, würde dieser zu groß. Daher plädieren die Teilnehmenden dafür, den PBK nicht zu erweitern. Er ist mit der Besetzung durch die alle Ortschaften vertretenden Bürgermeister klar und verständlich abgegrenzt, diese Linie soll nicht verlassen werden. Der Moderator, Herr Ewen, wird die entsprechenden Ortsvorsteher darüber informieren.

Herr Ewen erläutert anschließend die Beteiligung an der TED-Befragung. Nur vereinzelt haben Anwesende nicht teilgenommen. Wie bei der Veranstaltung angekündigt, werden die Ergebnisse nicht veröffentlicht. Es wird diskutiert, ob die Ergebnisse ohne weitere Dokumentation verpuffen könnten. Das Planungsteam und der Moderator machen deutlich, dass sie die Ergebnisse sehr ernst nehmen. Außerdem könne man sie bei zukünftigen Treffen der Räte wieder in Erinnerung rufen.

Man ist sich einig, dass es im Verlauf des Dialogprozesses weitere Veranstaltungen für die Kreis-, Gemeinde und Ortschaftsräte geben soll.

3. Infobrief für alle Haushalte

Zum aktuellen Entwurf des geplanten Infoflyers für alle Haushalte diskutieren die Teilnehmenden Änderungs- und Ergänzungsvorschläge. Dazu gehören eine verständliche einfache Sprache sowie der Umgang mit den verschiedenen Varianten. Das Moderationsbüro wird die Änderungswünsche in einen weiteren Flyer-Entwurf einarbeiten. Die ansprechende Gestaltung des Flyers soll durch ein professionelles Grafikbüro erfolgen. Ein überarbeiteter und gestalteter Flyer wird den Mitgliedern des PBK zur weiteren Abstimmung per E-Mail verschickt. Die Fertigstellung des Flyers soll in den nächsten Wochen erfolgen. Die Verteilung des Flyers kann kostenlos über die Gemeindeblätter erfolgen.

4. Dialogforum

Die Bürgermeister schlagen vor, die per Zufall ausgewählten Bürgerinnen und Bürger erst anzuschreiben, wenn der Infoflyer verteilt ist, man könne ihn auch der Einladung beilegen. Das Moderationsbüro wird den Zeitplan für den Versand der Anschreiben bekannt geben. Für die Generierung der Zufallsbürger und Versand der Einladungsschreiben wird ca. eine Woche benötigt. Die Ziehung der Zufallsbürger kann bereits zum jetzigen Zeitpunkt erfolgen. Ein Teilnehmender äußert seine Skepsis hinsichtlich der Repräsentativität der Vertretung der Bürgerschaft im Dialog. Das Moderationsbüro macht deutlich, dass vielfältige Erfahrungen mit diesem Instrument vorliegen und dass das Dialogforum nicht die einzige Dialogmöglichkeit darstellt, sondern ein weiterer Baustein in einem breit angelegten Dialogkonzept ist (neben Website, PBK, Facharbeitskreisen, weiteren öffentlichen Veranstaltungen). Zudem ist es nicht Aufgabe der Zufallsbürger, ihre Gemeinde und deren Belange zu vertreten.

Als Termin für das erste Treffen des Dialogforums wird der 19. Juli festgelegt, der Ort wird der Bürgersaal in Immenstaad sein. Die Veranstaltungsorte sollen wechseln. Vorher treffen sich die Facharbeitskreise.

5. Kommunale Experten in den Facharbeitskreisen

Die anwesenden Bürgermeister im PBK verständigen sich darauf, dass derzeit kein Bedarf für die Teilnahme externer Experten und Gutachter der Kommunen in den Facharbeitskreisen besteht. Sicherlich wird sich die eine oder andere Kommune im Hinblick auf die Gutachten des RP fachlich beraten lassen – und die Ergebnisse dieser Beratung werden in die Facharbeitskreise einfließen. Man wird sich im PBK verständigen, wenn sich diese Einschätzung ändert und man externe Gutachter in die Facharbeitskreise mitbringen will.

6. Nächster Termin

Als nächster Termin wird der 19. Juli 2016 im Anschluss an das Dialogforum festgelegt (21:30 Uhr).

7. Verschiedenes

Die Mitglieder des PBK beraten darüber, was es für den Dialog bedeutet, wenn Gemeinderatsbeschlüsse bezüglich einer Festlegung auf eine bestimmte Trassenvariante getroffen werden. Man ist sich einig, dass – je nach Art der Beschlüsse – eine Beeinträchtigung des Dialogs eintreten kann. Eine die Bürgermeister streng bindende politische Fixierung unterschiedlicher Positionen bereits zum jetzigen Zeitpunkt, an dem noch keine aktuellen Untersuchungen, Erhebungen, Kriterien, Bewertungsvorschläge und Gutachten vorliegen, steht der frühen Öffentlichkeitsbeteiligung (Dialogprozess) entgegen. In diesem Fall müsste der jetzige Prozess überprüft und gegebenenfalls durch einen konventionellen Planungs- und Prozessablauf ersetzt werden.

Es wird diskutiert, inwiefern es zulässig ist, eine Überprüfung der Hinterlandvariante/Variante 2a auszuschließen. Das Planungsteam sagt zu, die wesentlichen Ergebnisse, die zum Ausschluss im Raumordnungs- und Linienbestimmungsverfahren geführt haben, in einem Papier zusammen zu fassen. Ausführlich sind die Ergebnisse und Begutachtungen auf der Internetseite dargestellt.